

der neuen Vereinbarung zwischen Russland und Frankreich hat definitiv auch der englisch-japanische Vertrag die Aufrechterhaltung des status quo in Ostasien proklamirt. Trotzdem war die Überzeugung allgemein, daß das englisch-japanische Abkommen seine Spur gegen Russland zieht. Tritt daher jetzt Frankreich auch in Ostasien an die Stelle Russlands, so bedeutet das ohne Zweifel einen Erfolg der russischen Politik, der es gelungen ist, ein Gegengewicht gegen England und Japan zu schaffen. Was bedeutet die Schaffung dieses Gegengewichtes für die Aufrechterhaltung des Friedens in Ostasien? Ohne Weiteres anzunehmen, daß der Friede in Ostasien jetzt infolge erst recht gesichert sei, als der englisch-japanische Zusammenschluß durch den russisch-französischen Zusammenschluß verstärkt werde, ercheint eingemachte mechanisch. Die Wendung am Schlusse des russisch-französischen Pacts, daß im Falle einer aggressiven Action russische Mächte gegen die Integrität Chinas Russland und Frankreich sich verbünden, sich einen Schutz zuwider zu führen, rechnet jetzts mit der Möglichkeit bewaffneter Konflikte. Ob diese Gewissheit eintritt, hängt von der Aufrichtigkeit ab, mit der die vier Mächte den von ihnen proklamierten Grundsatz des Festhaltens am status quo durchführen, um der Auffassung, die sie von dem status quo beginnen, von einer Bedrohung der freien Entwicklung Chinas haben werden. Daß die frustrierte Durchführung des Grundsatzes, den status quo in China aufrecht zu erhalten, nicht nur dem Freuden im Allgemeinen, sondern auch dem deutschen Interesse am besten dient, spricht in die Augen. Denn in China hat Deutschland, wie der Reichsanzler zuletzt am 3. d. M. im Reichstag aussprach, keine territorialen, sondern ausschließlich wirtschaftliche Interessen. Politisch aber dirist Deutschland durch die Bildung des zweiten Bündnisses in Ostasien in gewissen Sinnen gewonnen haben. Denn der Schwerpunkt der russisch-französischen Allianz ist nun mehr, wie es scheint, nach Ostasien gerückt. Die Kommentare, die in den offiziellen Organen in Petersburg und in Paris zu der russisch-französischen Pakt gegeben werden, tragen überwiegend russische Gepräge, das die englisch-japanischen Perspektive aufrütteln. Die Bedeutung solcher Kündgebungen nicht abzuwenden, betrifft es der britischen Beurteilung der realen Verhältnisse, in denen die beteiligten Staaten sich befinden. Erfahrungswerte sprechen jene reale Verbündete für die Glaubwürdigkeit der offiziellen Kommentare. Wie England das russisch-französische Kriegs- und Friedenspolen wegen, wie Japan seine finanzielle Hintergrund haben, wie Russland, außer aus finanziellen Gründen, im Hinblick auf nicht zu unterschätzende Verteidigungs- und fühlbare Westhände einer kriegerischen Politik fürs Erste (?) abgesehen sein werden, so hat auch Frankreich bei der Friedensfrage gezeigt, daß es einen Zusammenschluß mit England gemeinsam mit Russland vermeidet. Unter solchen Umständen scheint der zweite Bündnis in Ostasien einfache eine Verhinderung des Weltfriedens nicht im Gefolge zu haben. — Sonst geht und die folgende Meldung:

* Paris, 20. März. Den Bütteln zufolge wird vor unterschwiegender Seite bestoßt, daß die französisch-russische Führung in einer Reihe eine Verhinderung und Bekämpfung der im englisch-japanischen Vertrage aufgezeigten Grundsätze habe. Die Bekämpfung habe aber auch jedenfalls den Zweck, ewigen allzu erfolglosen Planen Japans einen Siegel vorzuhabern. Die diplomatischen Kreise werde als besonders beispielhaft hervorgehoben, daß durch die Einführung des französisch-russischen Bündnisses in offizieller Weise auch auf die asiatischen Angelegenheiten einzugehen scheide. Der "Tempo" sagt Frankreich und England teile, da sie ohne Hindernisse und ohne Widerstand mit England beständig der leidenden Gründze einig sind, keine Ueberhöhung, den beiden leidenden Mächten die alleinige Verantwortung dieser Grundsätze zu überlassen. England und Japan könnten nicht sicherlich zu Unspruch nehmen, allein Rätsel zu sein über Fälle, in welchen der status quo gehört scheine. Um jedes Widerstand und in Folge dessen jeden Konflikt hinzuhalten, haben auch Frankreich und Russland sich das Recht vorbehalten, das Interesse, die Integrität und die freie Entwicklung Chinas zu verteidigen. "Journal des Débats" bemerkt, Frankreich und Russland hätten sich gegen die chinesische, eventuell gehobene Interessen-Klausel des englisch-japanischen Vertrages festhalten wollen. "Le Français" weist auf die in Kanton, Kwangtung und Yunnan ausgebrochenen Aufstände hin und meint, Österreich werde vielleicht einer jener Verhandlungen gegenüberstehen, welche in Paragraphe 2 des französisch-russischen Schlußausvertrages sind. "L'Écho" schreibt: Wir sind gleich entschiedene Unterstützer des französisch-russischen Bündnisses, aber wir haben dies Bündnis, welches das Geschäft in Europa herhebt, doch nicht dazu abgeschlossen, damit Japan verhindert werde, hand auf Korea zu legen oder damit Russland in der Mandchukuo frei Hand habe.

Deutsches Reich.

A Berlin, 20. März. (Einkommen und Vermögen in Preußen.) Kurz nach der vom Finanzminister v. Rheinbaben dem preußischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Übersicht über die Ergebnisse der Einkommenssteuer-Beratung für das Jahr 1901 erschien eine interessante Studie über das Einkommen und Vermögen in Preußen und ihre Entwicklung seit Einführung der neuen Steuern mit Rücksicht auf die Theorie der "Einkommenssteuerentwicklung" von Dr. Kurt Riessle (Berlin) von G. Fischer in Jenau), die, wie auch die durch den Finanzminister veranlaßte Übersicht, größere Beachtung in der Öffentlichkeit verdient. Gegenüber der Schwärmerei, namentlich seitens sozialdemokratischer Statthalter, hebt der Verfasser auf Grund eingehender Kritik der Zahlenergebnisse aus den Untersuchungen über die Einkommenssteuer in den Jahren 1802 bis 1900 und deren Überstellung dieser Alters aus dem Jahre 1900 mit denen der amtlichen Niederschrift hervor: Wieder hat sich das Kabinett der Bevölkerung gehoben. Es findet am Gemessen hinzugekommen 269 490, eine Vermehrung von 8 Prozent. Ob steigen empor aus den Steuerarten:

mit Einkommen vor	900	- 3.000	4.218	Gruben (0.74 %)
-	-	- 3.000	- 6.000	- 8.000 - 13.04 %
-	-	- 6.000	- 9.000	- 3.349 - 15.02 %
-	-	- 9.000	- 30.000	- 3.366 - 11.02 %
-	-	- 30.000	- 100.000	- 12.000 - 10.97 %

d. h. wiederum ein beträchtlicher Anstieg in allen Gütern. Steuern blieben im Jahre 1901 60.45 Prozent der Bevölkerung, gegen 62.42 Prozent der Bevölkerung 1900, steuerpflüssig waren 1901 59.54 Prozent, gegen 57.95 Prozent der Bevölkerung im Jahre 1900. Wagnen sich die Einkommensveränderung nach der Personenbeschaffung um 1.75 Prozent vermehrt, so die einkommensveränderliche Bevölkerung um 6.80 Prozent gestiegen. Das Gemeinschaften hat sich vom Jahre 1900 auf 1901 von 1841 auf 8370 Millionen Mark (5.82 Prozent) vermehrt, die Güntommen von über 3000 auf 3834 Millionen Mark (5.00 Prozent) gestiegen.

* Berlin, 20. März. Der Reichsanzler Graf v. Bülow empfing heute eine Abortion des Vereins für Frauenstimmrecht. Fraulein Anita Augsburg berichtete folgende Aussicht:

Die Gesandten bitten im Namen dieser deutscher Frauen um die Verlagerung eines Reichstagsabdes, damit lautet: "Der vereinsrechtlichen Verhinderungen der Frauen sind in aller Deutschen Reichsstaaten aufgehoben." Sie bitten ferner um Aufhebung von Artikel 6 des § 361 Reichsstrafgesetzes, dessen Wirkung ein unerträgliches Nachdruck ist für alle deutschen Frauen bedient. Sie bitten endlich, daß durch Reichstagsabstimmung werden möge, daß nach vorschriftsähnlicher Abstimmung das weibliche Geschlecht das gleiche Recht auf Immatrikulation in Hochschulen habe wie das männliche, daß bei der in Russische gehaltenen Reisem des Reichstagsabdes in Preußen eine Anzahl hochverdiente Frauen zur Arbeit herangezogen werde, daß der private Initiative bei Arbeitsversuchen für Hochschulen durch Concentratorenung keinen Einfluß auf die Ausbildung der Frauen habe.

Der Reichsanzler erwiderte darauf, daß er die hohe Bedeutung und den großen Ernst der Frauenfrage anerkenne und daß seine Sympathie mit ihr seien. Freilich sei er in dieser Angelegenheit nicht almächtig, wie ja überaus wichtig ist, aber er werde sowohl den Bundesrat wie den Reichstag in möglichster Weise zu beeinflussen suchen. Leiderin habe er gerade heute Nachricht vom Gutachten erhalten, daß man an eine Reisem des Hochschulabschlusses nicht denken kann, wenn man sich auch noch nicht zu einer umfassenden Umgestaltung, wie zu Hochschulgründungen oder Auflassung zu den höheren Studienanstalten entschließen kann. Jedoch aber wolle er, der Reichsanzler, sich der Angelegenheiten ernstlich annehmen. (B. L. A.)

— Das frühere Torpedoboot D 2 und jetztige Boot hat vom Kaiser den Namen "Alice Roosevelt" erhalten.

— Die Aussage von Briefmarken, welche auf höhere Beträge lauten, hat, wie in dem Bericht der österreichischen Handelskammer von 1901 bemerkt wird, zur Folge gehabt, daß die Klagen des Publikums über Verwendung solcher Marken zu Zahlungsschwierigkeiten mehr geworden sind. Die Empfänger solcher Marken, für welche in kleineren Geschäften wenig Verwendung ist, geben die Marken ihrerseits weiter. Dierdurch erhalten dieselben den Charakter als Zahlungsmittel, was manchmalst Unannehmlichkeiten mit sich bringt. So wenig gegen die Verwendung von Marken, die auf kleinere Beträge laufen, zum Ausgleich kleiner Zahlungen etwas einzutreten ist, so unangebracht erscheint die Verwendung

von Marken, die auf eine oder mehrere Mark laufen, zu größeren Zahlungen. Diese Verwendungart ist als eine Unzit zu bezeichnen.

— Das Verfischerungsrecht, welches im Reichsamt im ersten Entwurf nahezu fertiggestellt ist, umfaßt im wesentlichen die Bedingungen, die dem Verfischerungsnehmer von den Verfischerungsanstalten aufgelegt werden dürfen und deren Inhalt den Polen enthaltet folgende Gänge: Dialekt-Suppe, Hörchen blau mit Butter und Kartoffeln, junge Erbsen mit Hosenleinentest, Entenbraten, Kompar und Salat, Chantant milles feuilles, Käse, Butter, Dose. — Den Rückweg nahm der Kreuzzug der Civilianen trug durch einen Teil der Stadt, wiederum von Marken, die auf eine oder mehrere Mark laufen, zu bezeichnen.

— Die preußische Centralgenossenschaftsdeputation bestätigt, nach dem Stande vom 31. December 1902 ein neues Capitale eingezogeneen Genossenschaften über das Einkommen und Vermögen in Preußen und ihre Entwicklung seit Einführung des neuen Steuern mit Rücksicht auf die Theorie der "Einkommenssteuerentwicklung" von Dr. Kurt Riessle (Berlin) von G. Fischer in Jenau), die, wie auch die durch den Finanzminister veranlaßte Übersicht, die durch den Finanzminister veranlaßte Übersicht, größere Beachtung in der Öffentlichkeit verdient. Gegenüber der Schwärmerei, namentlich seitens sozialdemokratischer Statthalter, hebt der Verfasser auf Grund eingehender Kritik der Zahlenergebnisse aus den Untersuchungen über die Einkommenssteuer in den Jahren 1802 bis 1900 und deren Überstellung dieser Alters aus dem Jahre 1900 mit denen der amtlichen Niederschrift hervor: Wieder hat sich das Kabinett der Bevölkerung gehoben. Es findet am Gemessen hinzugekommen 269 490, eine Vermehrung von 8 Prozent.

— Seitens der hiesischen Regierung ist zunehmend, wie der "Germania" mitgeteilt wird, die Lage Rate der vom deutlichen auswärts. Amte für die Versorgung des deutschen Katholiken-Missionen in Thüringen ausbedeutung verschärfzt gezeigt worden.

— Der von uns überließ mir gegebene Entwurf, betreffend den Erdbebauungs- und den Wohnungsgesetz zu schaffen, ist vom Bundesrat in einem wichtigen Punkt abgelehnt worden. Der Bundesrat hat nämlich die Einziehung der Berliner Vororte Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf in die Vororteklasse abgelehnt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß im Falle der Einziehung dieser Orte in die Klasse A verschärft werden, andere, weit größere Städte, wie Breslau u. dergleichen Ansprüche erheben könnten.

— Seitens der hiesischen Regierung ist zunehmend, wie der "Germania" mitgeteilt wird, die Lage Rate der vom deutlichen auswärts. Amte für die Versorgung des deutschen Katholiken-Missionen in Thüringen ausbedeutung verschärfzt gezeigt worden.

— Der von uns überließ mir gegebene Entwurf, betreffend den Erdbebauungs- und den Wohnungsgesetz zu schaffen, ist vom Bundesrat in einem wichtigen Punkt abgelehnt worden. Der Bundesrat hat nämlich die Einziehung der Berliner Vororte Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf in die Vororteklasse abgelehnt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß im Falle der Einziehung dieser Orte in die Klasse A verschärft werden, andere, weit größere Städte, wie Breslau u. dergleichen Ansprüche erheben könnten.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die große Gedächtnisschrift für den ermordeten deutschen Gesandten in Perugia, Seeliger, wird vom 20. Jan. 1890, wie er vor zwei Jahren im Dienste des Kaiserreichs von mehreren Deutschen erschossen wurde, nach Berlin geplant. Der Gedächtnisschrift soll der Kaiser, die französische Regierung habe die Kosten des Gedächtnisschriften zu übernehmen.

— Eine große Gedächtnisschrift für den ermordeten deutschen Gesandten in Perugia, Seeliger, wird vom 20. Jan. 1890, wie er vor zwei Jahren im Dienste des Kaiserreichs von mehreren Deutschen erschossen wurde, nach Berlin geplant. Der Gedächtnisschrift soll der Kaiser, die französische Regierung habe die Kosten des Gedächtnisschriften zu übernehmen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache des Prinzen Heinrich von Preußen auf seiner Amerikafahrt, vorerst der Staatssekretär des Reichskanzler, Max von Dewitz, und der Kommandant des Kaiser-Panzer-Gardes, Generaladmiral General der Infanterie von Pfeiffer, in wechselseitigen Verhandlungen.

— Die Sache